

Stenografischer Bericht

öffentlicher Teil

23. Sitzung – Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt

12. Mai 2026 – 16:00 bis 17:10 Uhr

Anwesende:

Vorsitz: Wiebke Knell (Freie Demokraten)

CDU

Lena Arnoldt
Ina Dürr
Hartwig Jourdan
Dominik Leyh
Sebastian Müller (Fulda)

AfD

Johannes Marxen
Gerhard Schenk (Bebra)

SPD

Kerstin Geis
Tanja Hartdegen
Rüdiger Holschuh

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Martina Feldmayer
Vanessa Gronemann
Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)

Freie Demokraten

Wiebke Knell

Weitere Anwesende:

Minister Ingmar Jung, Staatssekretär Daniel Köfer, Vertreterinnen und Vertreter des Hessischen Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat sowie Mitarbeiter der Fraktionen.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsführung vor.



3. Antrag
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Zukunft des Landesbetriebs Landwirtschaft Hessen sichern
– unabhängige Beratung erhalten und weiterentwickeln
– Drucks. [21/4352](#) –

Abgeordneter **Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)**: Wir haben diesen Antrag heute auf die Tagesordnung gesetzt, weil die Beratung für die landwirtschaftlichen Betriebe einfach extrem wichtig ist, und zwar, weil die Beratung in Hessen einige Besonderheiten aufweist.

Die Beratung in Hessen muss man wirklich als einen Teil der zentralen Infrastruktur für die Landwirtschaft in Hessen bezeichnen. So sehen wir das jedenfalls. Besonders die staatliche, unabhängige Beratung, die ohne Verkaufsinteresse arbeitet, ist hier extrem wichtig. Als Landwirt kennt man auch die Beratung von Firmen und vor allem von der Industrie, die da sehr aktiv ist. Die Beratung hier in Hessen ist überwiegend kostenfrei und hat dadurch einen Zugang für alle, also auch für kleine Betriebe und ganz besonders für Nebenerwerbsbetriebe. So habe ich persönlich – das wird mir auch von Berufskolleginnen und -kollegen so gespiegelt – in meiner Zeit als Haupterwerbslandwirt das als eine echte Alltagsunterstützung für die landwirtschaftlichen Betriebe erlebt.

Die Besonderheit in Hessen ist das Beratungskuratorium, weil dort über das Berufsstandsmitwirkungsgesetz gesetzlich verankert ist, dass der Berufsstand über die Verbände – damit auch über die Praxis und die Wissenschaft – eingebunden ist in die Festlegung von Beratungszielen und wie die Beratung organisiert wird. Ich selbst war viele Jahre Teil dieses Kuratoriums und habe das praktisch aktiv miterlebt.

Das Beratungskuratorium als Institution sorgt dafür, dass in Hessen eine besondere Praxisnähe in der Beratung des LLH stattfindet, dass es eine hohe Akzeptanz erfährt, dass es auch Rückkopplungen in die Politik gibt und eine hohe fachliche Qualität, nicht zuletzt, weil die Wissenschaft daran beteiligt ist. Insgesamt muss man sagen, dass unser hessisches System auf Beteiligung und Vertrauen beruht und deshalb besonders stark ist und auch so wahrgenommen wird. Das ist ein System, um das uns andere Bundesländer zum Teil beneiden, bei dem die staatliche Beratung in Form der üblichen Kammerberatung stattfindet.

Warum ist das heute wichtiger denn je? Es gibt steigende Anforderungen an die Betriebe. Der Beratungsbedarf wächst. Wir haben zu tun mit Klimaanpassung, Tierwohl, gesellschaftlichen Anforderungen, Umweltauflagen, Förderrecht, Bürokratie. Das alles sind neue Anforderungen, die ständig größer werden. Deshalb sind die Betriebe auch auf die Beratung angewiesen. Deshalb haben wir unseren Antrag eingebracht. Ziel ist, klarzustellen, dass der Landtag als Ganzes will, dass diese Beratung so auch gesichert und weiterentwickelt wird.

Der besondere Anlass jetzt waren sicherlich die drei Kleinen Anfragen, die wir gestellt haben, und natürlich auch die Berichterstattung im „Hessenbauer“, im Landwirtschaftlichen Wochenblatt vom April, bei der die kommissarische Leitung Frau Kaiser bei dem KBV Wetterau zu Gast war und in

diesem Beitrag sehr ausführlich und detailliert berichtet hat über die beabsichtigten Veränderungen, besonders über finanzielle Einsparzwänge, von denen wir in dieser Form – vor allem, dass sie in dieser Form durchgeführt werden sollten – nichts gewusst haben.

Gegenüber der überaus vagen, ausweichenden Antworten auf unsere drei Kleinen Anfragen – insbesondere auf die vom März 2026, die letzte Anfrage, was wirklich fast schon ein Affront ist, auch für jemanden, der als Landwirt lange tätig war und ist –, war es schon eine Besonderheit, dass der KBV Wetterau dann doch sehr ausführlichere Infos bekommen hat und dass da scheinbar schon eine ganze Menge planungsmäßig passiert ist, wovon wir nichts wussten und worüber wir mit unseren Kleinen Anfragen eigentlich Auskunft haben wollten. Uns wurde im Rahmen der Kleinen Anfragen auch nicht mitgeteilt, dass zum Beispiel die Kosten über nicht durchgeführte Stellenbesetzungen eingespart werden. Insgesamt fragen wir uns auch, warum man die Mitarbeitenden und die Landwirtinnen und Landwirte da so lange im Unklaren lässt.

Das wäre mein erster Teil. Damit will ich es erst einmal bewenden lassen. Ich würde nachher noch einige Sachen ergänzen. Zu dem, was ich jetzt gesagt habe, gehört unser Antrag, der das System stützen soll und klar machen soll, dass wir als Hessischer Landtag an diesem System festhalten wollen.

Abgeordnete **Lena Arnoldt**: Werter Kollege Müller, ich bin Ihnen jetzt sehr aufmerksam gefolgt. Ich habe auch den Antrag gelesen. Vielleicht gehen wir den Antrag gerne einmal Punkt für Punkt durch; denn jetzt, nachdem ich ihn intensiv gelesen und Ihnen auch zugehört habe, bleiben einige Fragen offen.

Fangen wir mit Ihrem ersten Punkt an. „Der Landtag stellt fest, dass die Beratung durch den Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen (LLH) ein zentraler Bestandteil der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Infrastruktur in Hessen ist ...“ Das stellt niemand infrage, und es würde mich interessieren, warum dieser Antrag so ausgelegt ist. Das bezweifelt niemand. Ich frage mich, wie Sie darauf kommen, dass man das bezweifeln könnte und dass man das heute noch einmal manifestieren müsste.

Ich bin auch damit einverstanden, was in Ihrem Punkt 2 steht. „Der Landtag stellt fest, dass die Anforderungen an landwirtschaftliche und gartenbauliche Betriebe insbesondere in den Bereichen Klimaanpassung, Ressourcenschutz, Tierwohl ... gestiegen sind und ... an Bedeutung gewinnt.“ Hier stimmen wir Ihnen auch zu.

Aber beispielsweise beim Punkt 3 – „Der Landtag nimmt mit Sorge zur Kenntnis ...“ –: Mich würde einmal interessieren, worin sich Ihre Sorgen begründen und wohin dieser Antrag am Ende führen soll. Auch die Kleinen Anfragen, die Sie gestellt haben, haben wir intensiv bearbeitet. Da ist nie bei irgendeiner Frage beantwortet worden, dass wir das infrage stellen, dass der LLH in irgendeiner Form abgeschafft werden soll, dass wir Probleme mit der Struktur haben.

Aber machen wir weiter: In Ihrem Punkt 5 beispielsweise sprechen Sie sich dafür aus, dass „die kostenfreie, neutrale und unabhängige Beratung durch den LLH als Kernaufgabe dauerhaft zu

sichern und weiterzuentwickeln“ ist. Auch da gebe ich Ihnen in Teilen recht. Als Mitglied des Haushaltsausschusses kann ich sagen – Sie haben sich sicherlich auch als Opposition mit dem Haushaltsausschuss befasst –: Wir befinden uns seit mehreren Jahren, auch schon in den Jahren, in denen Sie mit uns gemeinsam regiert haben, in schwierigen Situationen. Da wird es ja erlaubt sein, einmal zu evaluieren und zu strukturieren, was kostenfrei angeboten werden kann, was kostenfrei angeboten werden muss, und man kann auch einmal Kostenstrukturen evaluieren. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Aufgabe: stetige Evaluierung und Begutachtung der einzelnen Landesbetriebe durch die Landesregierung, durch das Parlament. Das stelle ich hier überhaupt nicht infrage.

Infrage stelle ich die Sinnhaftigkeit dieses Antrags, die Zielsetzung Ihres Antrags. Im Moment haben wir lediglich das Gefühl, Sie wollen Unruhe stiften, wo keine Unruhe ist. Die Presseberichterstattung im Landwirtschaftlichen Wochenblatt kenne ich jetzt nicht. Ich kann auch nichts dazu sagen, welche Informationen Kreisbauernverbände bekommen. Ich weiß aber, dass wir im steten Austausch beispielsweise mit dem Landesbauernverband, auch mit den Landwirten vor Ort sind, und wir können nicht nachvollziehen, welche Sorge Sie da haben und welche Unruhe hier gestiftet werden soll. Das bleibt uns aktuell im Unklaren.

Abgeordneter **Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)**: Frau Arnoldt, dann will ich Ihnen sagen: Es ist ja schön, dass Sie die Punkte, die wir in unserem Antrag aufführen, praktisch alle unterstützen; das finde ich toll.

(Abgeordnete Lena Arnoldt: Ne, nicht alle!)

– Oder: im Wesentlichen; so habe ich das jetzt verstanden. – Unruhe will ich nicht stiften. Darum geht es nicht. Unruhe wird hier aus unserer Sicht von anderer Seite gestiftet. Wir müssen feststellen: Wir wissen alle, dass Direktor Sandhäger mit Ende der letzten Legislaturperiode in Ruhestand gehen wollte und gegangen ist. Er hatte die Altersgrenze erreicht. Wir wissen alle, dass Frau Schelle als Leiterin der Abteilung „Beratung“ in Ruhestand ging. Das war überhaupt keine Überraschung. Trotzdem ist diese Leitungsstelle seit zwei Jahren nicht besetzt. Auch die Abteilungsleitung „Bildung“ war nicht besetzt. Die ist gerade erst Ende des Monats April neu besetzt worden. Die Abteilungsleitung „Beratung“, die praktisch auch die Geschäftsführung dieses wichtigen Beratungskuratoriums macht, war ebenfalls die ganze Zeit und ist weiterhin unbesetzt.

Das muss ich auch sagen, das ist nicht an uns vorbeigegangen: Es gab aus unserer Sicht ein abenteuerliches Bewerbungsverfahren für die Leitungsstelle, für die Nachfolge des Direktors. Man hat sich gefragt, auch im Umfeld, warum es überhaupt nur drei Bewerberinnen für so eine Stelle gab. Gleichzeitig ist eine Abteilungsleiterin aus dem LLH auf eine ähnliche Stelle in Schleswig-Holstein gewechselt: Geschäftsführung der dortigen Landwirtschaftskammer. Dort gab es 40 Bewerberinnen und Bewerber; das konnte man in der landwirtschaftlichen Fachpresse in Hessen lesen. Frau Wetekam hat sich gegen 39 Bewerberinnen und Bewerber durchgesetzt, und man fragt sich: Warum haben sich in Hessen nur drei Menschen beworben? Hinterher müssen wir konstatieren, dass nach drei Bewerbungsgesprächen zwei Drittel dieser Bewerber ihre

Bewerbung scheinbar zurückgezogen haben. Was ist da los gewesen? Was für ein Zeichen setzt das Landwirtschaftsministerium durch dieses Vorgehen? Das musste man aufgreifen. Wenn das so eine katastrophale Personalpolitik ist, dann würden wir unsere Arbeit als Opposition nicht richtig machen, wenn wir das nicht aufgreifen und das hier thematisieren. Das steht bewusst nicht in dem Antrag, aber dieses Vorgehen lässt alle Fragen offen.

Das sind ja nicht ein paar Monate, sondern das ist eine anhaltende Führungslücke. Nach zwei Jahren – jetzt sind es fast zweieinhalb Jahre – ist immer noch nicht klar, wie es da weitergeht. Ich muss sagen, ich habe in dem System LLH, auch im Beratungskuratorium, gemerkt, wie wichtig die Rolle der Leitung ist. Ich habe mich mit dem Direktor über manche Dinge fachlich auseinandersetzen müssen, aber er hat seine Rolle sehr ernst genommen und auch Frau Schelle. Ich frage mich, wie das jetzt weitergehen soll – zweieinhalb Jahre. Die Legislatur ist jetzt fast halb rum, und es ist offen, was da passiert.

Ich lese im „Hessenbauer“, dass frei werdende Stellen nur mit einer Zeitverzögerung besetzt werden, um Geld einzusparen. Da muss ich Ihnen klipp und klar sagen: Leitungsstellen zwei Jahre unbesetzt zu lassen, um Geld zu sparen, der Schuss geht nach hinten los. Ich erkenne da auch einen Widerspruch in Ihrem Regierungshandeln. Sie haben, glaube ich, im Koalitionsvertrag ein Bekenntnis zur Beratung abgelegt. Da frage ich mich, was das wert ist, wenn Sie hier nicht zu Potte kommen. Es gibt weiterhin keine klaren Aussagen. Die Beantwortung unserer Kleinen Anfragen fand ich unterirdisch; das muss ich wirklich sagen.

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft wirklich eine Lücke. In unseren Augen führt das zu Unsicherheit für die Betriebe und für Beschäftigte. Die Betriebe brauchen Planungssicherheit, die brauchen verlässliche Ansprechpartner. Es ist auch nicht immer einfach, dass Landwirtinnen und Landwirte Beratung akzeptieren. Ich finde, das ist etwas sehr Wertvolles. Viele Landwirtinnen und Landwirte lassen sich da nicht gerne reinreden. Wenn man so einen Draht einmal hat, dann muss man ihn pflegen und darf ihn nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Auch die Beschäftigten brauchen Perspektive und klare Strukturen, sonst werden Sie sich bald damit auseinandersetzen müssen, dass sich die guten Kräfte woanders bewerben und abwandern. Damit sehen wir auch eine Gefahr für das System insgesamt. Die Beratung lebt von Vertrauen und Kontinuität, und bei Unsicherheit droht ein Qualitätsverlust und die Abwanderung von Expertise aus Hessen. Herr Minister, das ist alles andere als eine Unterstützung der hessischen Landwirtschaft; das muss ich einmal sagen. Das ist eigentlich das Gegenteil, wenn Sie das hier aufs Spiel setzen.

Wir fordern deshalb ein klares Konzept, klare Personalentscheidungen, ein Bekenntnis zur unabhängigen Beratung und deutlich mehr Tempo bei den ausstehenden Stellenbesetzungen. Das ist der Grund; das haben wir in diesen Antrag mit reingepackt. Ich wünsche mir weiterhin: Wenn Sie das alles richtig finden, dann sollten wir dem hier insgesamt zustimmen. Da steht keine großartige Kritik, und die Sachen, die ich jetzt geäußert habe, brauchen wir nicht reinschreiben. Aber ich würde mich über ein klares Bekenntnis und eine Zustimmung zu unserem Antrag freuen.

Abgeordnete **Wiebke Knell**: Ich kann direkt auf die Kleinen Anfragen eingehen. Die habe ich auch mit Interesse zur Kenntnis genommen und war über die Antworten teilweise irritiert. Ich bin ebenfalls der Meinung, dass es wirklich langsam Zeit wird. Es hätte schon längst besetzt werden müssen, denn es ist keine Perspektive, wenn die Leitung einer Behörde dauerhaft nur kommissarisch besetzt wird. Das Schlimme ist, dass der LLH nicht die einzige Landesbehörde mit diesem Problem ist. Natürlich stellen sich die Mitarbeiter die Frage, wohin es geht – Stichwort: Unruhe. Wer wird der neue Vorgesetzte oder die neue Vorgesetzte? Das hat vielleicht auch etwas mit einer strategischen, strukturellen Neuaufstellung zu tun: Wo sehen wir den LLH in zwei, fünf oder zehn Jahren? Das wird man nicht beantworten können, wenn nicht auch die Führungsfrage irgendwann einmal geklärt ist.

Natürlich – da hat die Kollegin Arnoldt recht – haben wir Haushaltsprobleme und Sparvorgaben; auch nachgeordnete Bereiche werden das spüren. Wenn man sich die Antworten in den Kleinen Anfragen anschaut, gerade was die kostenfreie Grundberatung und die kostenpflichtige Spezialberatung angeht, sieht man, da ist das sehr unkonkret, was aus der kostenfreien Grundberatung wird. Ich weiß nicht, ob die Kollegin Arnoldt das eben absichtlich nicht vorgelesen hat bei Punkt 1, sondern nur den ersten Teil. Aber auch dazu gab es jetzt keine Aussage, ob die erhalten bleibt. Das ist natürlich eine ganz wesentliche Frage, gerade für die kleineren, mittleren Betriebe, ob das erhalten bleibt oder nicht.

Wir sind der Meinung, dass die kostenfreie Grundberatung gerade für diese kleineren Betriebe unglaublich wichtig ist und erhalten bleiben muss. Natürlich muss auch der LLH so finanziert werden, dass er seinen Aufgaben nachkommen kann. Nur, bevor wir jetzt den Betrieben das Geld wegnehmen, die ohnehin aus vielerlei Gründen unter Druck stehen, wäre eher die Frage, wo man bei der strukturellen Ausgestaltung des LLH vielleicht Dinge umstellen oder Projekte weglassen kann. Vielleicht konzentriert man sich dann auch auf die wesentlichen Aufgaben. Ich glaube, das sind schon berechnete Fragen, die wir in so einem Ausschuss auch einmal stellen dürfen. Deswegen begrüße ich diesen Antrag. Der Reflex ist ja immer ein anderer bei grünen Anträgen, aber dieses Mal finde ich es wirklich gut, dass wir das Thema jetzt aufgreifen.

Minister **Ingmar Jung**: Ich will auch ein paar Worte dazu sagen. Ich will mich nicht zu meinen Reflexen auf grüne Anträge äußern – die sind auch unterschiedlich –, ich will aber schon etwas klarstellen. Herr Müller, wenn Sie uns jetzt unterstellen, die Leitungsstelle sei nicht besetzt, weil wir Kosten einsparen sollen, dann verwende ich einen Begriff, den Sie eben gewählt haben: Das ist nun wirklich abenteuerlich. Die Leitung ist kommissarisch besetzt.

(Abgeordnete Lena Arnoldt: Sie sitzen da!)

Wir haben die Leitung, wie Sie selbst berichtet haben, ausgeschrieben. Wir wollten das Geld also ausgeben. In der Tat haben wir eine hoch angesehene Persönlichkeit in dem Verfahren ausgewählt – hoch angesehen im Berufsstand, mit großer Expertise –, die am Ende die Ausschreibung gewonnen hat, uns auch versichert hat, die Stelle auf jeden Fall antreten zu wollen, die im letzten Moment zurückgezogen hat. Das ist richtig. Das bedauere ich auch sehr. Ich hätte es gerne

vorher gewusst. Es war für mich auch eine persönliche Enttäuschung, das gebe ich offen zu. Aber daraus jetzt eine Geschichte zu machen: Es klingt fast so, als hätten wir bewusst so ausgeschrieben, dass wir nicht besetzen können, um Geld einzusparen. Das ist an der Stelle doch schon sehr konstruiert. Wie gesagt, im Moment ist sie besetzt. Mit Kosteneinsparung ist hier ohnehin nur begrenzt etwas zu erreichen.

Wir haben nach diesem ersten Verfahren entschieden, dass man, bevor man jetzt eine dauerhafte Leitungsbesetzung vornimmt, sich einmal einer Aufgabenkritik stellt – übrigens nicht, weil wir im LLH etwas nicht gut fänden oder so, sondern weil wir das überall machen in Konsolidierungszeiten, in denen wir uns befinden. Das ist ein Fehler, den die Politik in den letzten Jahren – übrigens über alle Parteigrenzen hinweg – aus meiner Sicht zu viel gemacht hat. Wir haben immer das, was wir bisher hatten, weitergemacht und haben geschaut, was wir sonst noch machen können. Echte Aufgabenkritiken haben wir doch alle gemeinsam nie wirklich vorgenommen. Das sind jetzt eben die Zeiten, in denen man das vornehmen muss.

Deswegen machen wir das auch beim LLH. Diese Gesamtaufgabenkritik ist noch nicht abgeschlossen. Ich bin Frau Kaiser, Frau Walmanns sehr dankbar, die sich mit sehr großem Engagement darangesetzt haben – eine sehr umfassende Analyse aus dem Betrieb, die jetzt im Ministerium in verschiedenen Abteilungen und am Ende auch auf politischer Ebene bewertet wird. Dann werden wir das machen, was wir immer machen, nämlich gemeinsam mit dem Berufsstand. Übrigens gibt es im Berufsstand auch viele, die sagen: Ihr müsst das einmal evaluieren. Ihr müsst einmal schauen, ob das alles richtig ist, was die machen. Ihr müsst einmal schauen, ob in bestimmten Bereichen eine größere Kostendeckung erzielt werden muss oder nicht. – Deswegen sind wir allein schon aus haushaltsrechtlicher Sicht verpflichtet, so etwas vorzunehmen.

Wir haben hier einen Betrieb, der grob 9 Millionen Einnahmen und 50 Millionen Ausgaben hat. Das ist also ein Defizit von etwas über 40 Millionen. Das kann richtig sein. Vielleicht sollten wir sogar mehr machen; das kann auch sein. Aber man muss das einmal genau analysieren und sich Punkt für Punkt und Position für Position anschauen und dann eine Strukturentscheidung treffen, und zwar gemeinsam mit dem Berufsstand. Wir sind von Anfang an im gesamten Prozess in ganz enger Abstimmung mit dem Bauernverband, und das werden wir auch weiter so machen. Ich sage Ihnen auch ganz ehrlich: Wenn es am Ende ein paar Wochen länger dauert als geplant, dann machen wir es lieber richtig, als jetzt irgendwann einen Schnellschuss zu machen. Das sehen Sie mir nach, da will ich mich an der Stelle auch nicht unter Druck setzen lassen.

Eines will ich aber auch klar sagen, und das habe ich immer öffentlich bekundet: Weder den Landesbetrieb Landwirtschaft als solchen noch die Grundberatung haben wir infrage gestellt. Diese Entscheidung haben wir vor der Klammer ja schon getroffen, dass es gerade für die kleinen Betriebe, gerade für die Nebenerwerbsbetriebe eine staatliche Aufgabe sein muss, diese Grundberatung vorzunehmen. Allerdings finde ich, in den Bereichen darüber hinaus, in Spezialbereichen, in besonderen Bereichen, die zusätzlich angeboten werden, bei denen wir weit unter Kostendeckung arbeiten, bei denen es auch Angebote am Markt gibt, auch im Wettbewerb, die wir als Staat massiv unterbieten, muss man einmal eine genaue Analyse machen, ob es richtig ist, dass wir all diese Leistungen staatlich vorhalten, jedenfalls weit unter Kostendeckung. Davon

komme ich auch nicht weg. Das ist bei dem Ergebnis, das wir dort erzielen, aus finanzieller Sicht schlicht die Pflicht einer Landesregierung. Die Entscheidung muss danach getroffen werden.

Ich betone es noch einmal: Es geht nicht darum, jetzt zwischendurch irgendwie ein bisschen Geld einzusparen, weil keine Leute da drin sind. Aber wir haben eine Struktur mit – möglicherweise berechtigt – vielen Mitarbeitenden, vielen Standorten, einem riesigen Leistungsportfolio, die man in gewissen Abständen einfach überprüfen muss. Das machen wir auch an der Stelle, und ich betone noch einmal: ohne den Betrieb an sich oder die Grundberatung infrage zu stellen. Aber genau anschauen muss man sich das auf jeden Fall.

Wir haben entschieden – das halte ich auch für richtig –, dass wir die endgültige Entscheidung, wie die Leitung dann personell aussehen muss, am Ende erst treffen können, wenn wir diese strukturellen Fragen beantwortet und die Aufgabenkritik abgeschlossen haben, weil das eben auch zusammenpassen muss. Deshalb sind wir da in der Situation, in der wir im Moment sind. Das alles kann man blöd finden. Es ist vielleicht auch Aufgabe der Opposition, das blöd zu finden. Ich will mich nur dagegen verwehren, dass wir jetzt irgendwo etwas laufen lassen würden, weil dann ein bisschen weniger Kosten entstehen. Ganz im Gegenteil: Wir machen etwas, was in der Branche in absoluter Breite für richtig gehalten wird, und machen das auch immer in enger Abstimmung mit dieser.

Abgeordnete **Lena Arnoldt**: Ich würde gerne ergänzen, was der Minister ausgeführt hat, weil ich eben wahrgenommen habe, Herr Kollege Müller, dass es um das Thema Desinformation ging und darum, dass Sie Ihre Kleinen Anfragen nicht ausdrücklich beantwortet sehen. Ich traue Ihnen intellektuell durchaus zu, diese Antworten gelesen und auch verstanden zu haben.

(Abgeordneter Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen): Danke schön!)

– Ich traue Ihnen noch deutlich mehr als das zu. – Dennoch frage ich mich: Irgendwo scheint da ein Knoten zu sein, der noch nicht geplatzt ist; denn, wenn wir uns die Beantwortung Ihrer Kleinen Anfrage vom 31.07. anschauen, die am 03.09. beantwortet wurde – das ist die Drucksache 21/2479 –, in der Sie ausdrücklich zehn Fragen zur Besetzung von Leitungspositionen beim Landesbetrieb Landwirtschaft stellen, sehen wir: Von diesen zehn Fragen wurden neun beantwortet. Neun wurden beantwortet, eine konnte aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht beantwortet werden. Das möchte ich, weil wir heute zu diesem Tagesordnungspunkt öffentlich tagen, sehr deutlich festhalten: dass es sich in diesem Fall nicht um eine Desinformation handeln kann und dass die Landesregierung Ihre Kleine Anfrage sehr wohl anständig beantwortet hat.

Abgeordneter **Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)**: Herr Minister, alles, was Sie sagen – das ist oft so –, können Sie gut in Worte verpacken; das ist auch okay. Das können Sie gut verkaufen. Aber ich sage Ihnen, dass das einfach zu lange dauert. Sie können mir auch nicht erzählen, dass Sie bei Amtsantritt nicht wussten, was auf Sie zukommt, auch mit dem LLH. Dann zweieinhalb

Jahre zu überlegen, wie man das angeht, finde ich einfach zu lange. Das ist eine deutliche Kritik an Ihrem Haus, an dem, wie Sie das Ministerium führen. Das hätte schneller gehen müssen.

Ich sage es noch einmal: Die Ausschreibung ist sowieso schon sehr spät erfolgt. Sie haben ja lange gewusst, dass Herr Sandhäger in Ruhestand geht. Das war vollkommen klar, als Sie die Koalition eingegangen sind. Trotzdem wurde die Stelle erst sehr spät ausgeschrieben. Dann haben sich nur drei Menschen beworben. Ich weiß, wie so etwas läuft: Wenn man sich auf so eine Stelle bewirbt, dann meldet man sich im Ministerium und fragt, um was es geht usw. Dass dann im Vorfeld nur drei Menschen überbleiben, gibt mir zu denken: dass dann einer die Zusage kriegt und nach vielen Monaten sagt, er wolle doch nicht, dann der andere auch nicht will – so muss man das ja lesen – und der oder die Dritte kommt nicht infrage. Ich bleibe bei meiner These: Das ist abenteuerlich.

Was Sie jetzt darstellen – notwendige Evaluierung, zwei kommissarische Leitungen – wirkt für mich wie eine Notlösung. Da musste jetzt irgendwie jemand her, und sie wissen nicht genau, wo es langgehen soll. Das ist mein Eindruck. Wenn sich das auch bei den Mitarbeitenden und in der Landwirtschaft verfestigt, dann entsteht dieser Vertrauensverlust – nur, um das hier noch einmal klarzustellen. Für mich haben Sie jetzt nicht mehr Klarheit reingebracht. Ich könnte mir vorstellen, dass in den nächsten zweieinhalb Jahren, wenn die Legislatur rum ist, eine Entscheidung gefallen sein wird, wer die Leitung übernimmt. Das ist einfach zu lang.

Zu dem Geld, das man in die Hand nimmt: Das ist schon richtig. Ich finde es vollkommen richtig, sich zu überlegen, ob das sinnvoll eingesetztes Geld ist. Aber, wenn dieses Bekenntnis zu den bäuerlichen Familienbetrieben ehrlich gemeint ist, dann darf man diese Beratung nicht infrage stellen. Wenn man sich die Beratungslandschaft anschaut: Es ist sehr wohl so, dass sich die richtig großen Betriebe – ich spreche von ein paar Hundert Hektar aufwärts –, auch Spezialisten die Fachberatung einkaufen – irgendwo bei Ingenieurbüros. Die haben das Geld. Da werden auch Umsätze getätigt, die das erlauben und die es rechtfertigen, diese Beratung einzukaufen. Aber die, um die ich mir Sorgen mache, sind die eher kleinen und mittleren bäuerlichen Familienbetriebe, die dann sehen: Jetzt müssen wir da 500 Euro zahlen, um ein Jahr lang ein bisschen was mitzukriegen. – Um die geht es mir, und für die ist es wichtig.

Beim KBV Wetterau hat Frau Kaiser das auch aufgeworfen: Einzelberatung per Telefon oder E-Mail als kostenlose Beratung. – Wenn nur das übrigbleibt – ein Anruf oder einmal auf den Betrieb zu kommen –, und danach wird die Rechnung präsentiert, dann sind Sie viele dieser Leute los. Da können Sie sagen: Das ist mir egal, sollen sie sehen, wo sie bleiben.

(Minister Ingmar Jung: Das habe ich überhaupt nicht gesagt!)

– Aber da müssen Sie doch die Entscheidung treffen, dafür Geld einzusetzen; die muss doch irgendwann einmal fallen. Wenn Sie diese Entscheidung nicht bald fällen, dann gehen Ihnen die Leute von der Stange – sowohl die, die Sie eigentlich beraten wollen, als auch die Mitarbeitenden.

Minister **Ingmar Jung**: Ich will nur noch kurz auf zwei Sachen eingehen. Ich sage es jetzt noch einmal: Wir bekennen uns sowohl zu dem Betrieb als auch zur Grundberatung und stellen die nicht infrage. Das mögen Sie jetzt nicht glauben, aber dann gestehen Sie mir auch zu, dass ich hier meine Meinung sage. Ansonsten sind die Meinungen, glaube ich, ausgetauscht. Da mögen wir unterschiedlicher Auffassung bleiben.

Ich will eines ausdrücklich zurückweisen: Frau Kaiser und Frau Walmanns sind keine Notlösung, sondern das sind genau die beiden Richtigen, die wir gefunden haben, um diese Strukturanalyse vorzunehmen. Bei der Entscheidung bleiben wir auch.

Beschluss:

LUA 21/23 – 12.05.2026

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt empfiehlt dem Plenum, den Antrag abzulehnen.

(CDU, SPD gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten, Enthaltung AfD)

Berichterstattung: Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)

Beschlussempfehlung: Drucks. [21/4438](#)

Wiesbaden, 19. Juni 2026

Protokollführung:

Vorsitz:

Swetlana Franz

Wiebke Knell